

Stand: 09.04.2026 19:53:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6927

"Erdgasbohrungen im Alpenvorland verhindern - Pläne der fossilen Berliner Rückschrittskoalition stoppen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6927 vom 04.06.2025
2. Beschluss des Plenums 19/7004 vom 05.06.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 52 vom 05.06.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erdgasbohrungen im Alpenvorland verhindern – Pläne der fossilen Berliner Rückschrittskoalition stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Pläne der neuen Bundesregierung, 20 Gigawatt reine Erdgaskraftwerke auszuschreiben, völlig überdimensioniert sind, das Erreichen der Klimaziele zusätzlich massiv erschweren und langfristig zu höheren Energiepreisen führen werden.

Zudem stellt der Landtag fest, dass neue Erdgasbohrungen in Bayern völlig unnötige und klimaschädliche Unterfangen sind, die langfristig die Abhängigkeit von teurer fossiler Energie erhöhen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, landesplanerische Schritte einzuleiten, um neue Gasbohrungen schnellstmöglich zu unterbinden.

Zudem wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene für folgende Punkte einzusetzen:

- einen sofortigen Stopp neuer inländischen Gasförderung
- keinen überdimensionierten Neubau reiner Gaskraftwerke
- Ausschreibung einer angemessenen und flexiblen Kraftwerksleistung mit klaren Vorgaben zur Nutzung klimafreundlichen Wasserstoffs

Begründung:

Bereits heute kommen rund 60 Prozent des erzeugten Stroms in Deutschland aus erneuerbaren Energien. Die Pläne der neuen Bundesregierung, mindestens 20 Gigawatt an reiner Gaskraftwerksleistung auszuschreiben, gehen weit über den tatsächlichen Bedarf flexibler Kraftwerksleistung hinaus und stellen eine Gefahr für den weiteren Ausbau kostengünstiger, klimafreundlicher erneuerbarer Energien dar. Zudem führt der Fokus auf Gaskraftwerke in Kombination mit einer CO₂-Abscheidung (CCS) langfristig zu höheren Energiepreisen, da sowohl die Abhängigkeit von teuren ausländischen Gasimporten erhöht als auch eine äußerst energieaufwendige CCS-Technologie notwendig wird. Durch den Verzicht in den geplanten Ausschreibungen auf die Vorgabe, dass die neuen Gaskraftwerke „Wasserstoff ready“ sein müssen und der Einsatz von grünem Wasserstoff vorgegeben wird, würde der Wasserstoffhochlauf massiv ausgebremst.

Neue Erdgasbohrungen, wie sie derzeit zum Beispiel in Reichling im Landkreis Landsberg am Lech geplant sind, stoßen auf großen Widerstand bei den Menschen vor Ort. Projekte zum Ausbau der Erdgasförderung in Bayern und ganz Deutschland führen

dazu, dass der Wandel zu einer sauberen Energieversorgung auf Basis von erneuerbaren Energien unnötig erschwert wird. In Zeiten, in denen die Klimakatastrophe, wie aktuell in Form einer Rekord-Trockenperiode im Frühjahr, massiv spürbar ist, sendet der Bau von neuer Erdgasinfrastruktur in Bayern das falsche Signal. Die Abhängigkeit Bayerns von fossilen Energieträgern wird somit langfristig verlängert. Derzeit herrscht keine Gasmangellage, welche die Erdgasförderung in sensiblen Gebieten wie dem Alpenvorland rechtfertigt. Es besteht ebenfalls kein Bedarf eines überdimensionierten Neubaus von Gaskraftwerken, wie es von der neuen Bundesregierung geplant ist.

In Bayern gilt das gesetzliche Ziel, bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu sein. Die Staatsregierung muss sich daher auf allen Ebenen dafür einsetzen, saubere und günstige erneuerbare Energien voranzubringen, anstatt teure fossile Technologien aus der Vergangenheit auszubauen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/6927

Erdgasbohrungen im Alpenvorland verhindern – Pläne der fossilen Berliner Rückschrittskoalition stoppen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Andreas Winhart

Abg. Florian Köhler

Abg. Jenny Schack

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Florian von Brunn

Abg. Josef Lausch

Abg. Oskar Lipp

Staatssekretär Tobias Gotthardt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erdgasbohrungen im Alpenvorland verhindern - Pläne der fossilen Berliner Rückschrittskoalition stoppen (Drs. 19/6927)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Energieversorgung sichern statt ideologische Blockaden - Für neue Gaskraftwerke und heimische Gasförderung (Drs. 19/6993)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Martin Stümpfig das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In den nächsten Tagen und Wochen werden in Reichling im wunderschönen Landkreis Landsberg Bohrtürme aufgestellt, um fossiles Erdgas zu fördern, das unser Klima weiter anheizt und Wetterextreme wie Trockenheit, Starkregen und Hitze, die wir die letzten Wochen und Monate beobachten konnten, weiter fördert. Es handelt sich um Bohrtürme eines kanadischen Unternehmens, das keinen Cent zahlt, um diesen Rohstoff auszubeuten, weil es die Bayerische Staatsregierung so will. Sie werfen das Gas diesem kanadischen Unternehmen einfach hinterher, und das Einzige, was in der Region bleibt, sind die Nachteile. Wir sagen ganz klar: Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Sie als Staatsregierung haben viele Möglichkeiten. Deshalb unser Appell: Unterbinden Sie neue Erdgasbohrungen in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Zweiergespräche im Plenarsaal zu unterlassen. Das gilt sowohl für die Oppositions- als auch für die Regierungsfractionen. – Danke.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wie es funktionieren kann, sehen wir im gleichen Landkreis Landsberg wenige Kilometer weiter, nämlich in der Gemeinde Fuchstal. Dort hat man es über Nahwärme, Solarprojekte, Windkraft und Speicher erreicht, wirklich etwas zu schaffen, das gut fürs Klima, gut fürs Wasser, gut für die Region und gut für die Bürgerinnen und Bürger ist. Ministerpräsident Markus Söder und Wirtschaftsminister Aiwanger waren auch dort und haben sich die Klinke in die Hand gegeben. Sie loben das. Wenn sie wieder zurück sind, geht es doch wieder in Richtung fossile Lobbyinteressen. Dann siegt doch wieder das Erdgasprojekt. Wir sagen klar: Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Fuchstal sehen wir, dass die Erträge vor Ort bleiben. Dort hat es sogar der Bürgermeister geschafft, die Gewinne aus dem Windkraft- oder Nahwärmeprojekt zum Beispiel in den Kindergarten zu stecken. Dort wird eine zusätzliche Fachkraft eingestellt. Das sind Projekte, die wir haben wollen.

Als wir über das Projekt Reichling Ende letzten Jahres im Landtag debattiert haben, hieß es: Wir im Landtag und die Staatsregierung können da gar nichts machen. Sie haben nur nach Berlin gezeigt. Jetzt sind Sie von der CSU in Berlin mit am Tisch. Ändert sich etwas für die Region? Ändert sich irgendwas in Reichling? – Pfeifendeckel. Es bleibt alles gleich. Sie schaffen es sogar, noch einmal eins draufzusetzen. Im Koalitionsvertrag heißt es, dass die Gasförderung in Deutschland, im Inland, weiter ausgebaut werden soll. Dazu kann man nur sagen: Fossile Lobbyinteressen haben sich komplett durchgesetzt. Wir sagen klar: Stopp zu fossilen Interessen, Stopp zur Gasförderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es reicht jedoch nicht, dass Sie die inländische Gasförderung ausbauen, sondern Sie packen noch einmal eins drauf. Jetzt wollen Sie auch noch 40 neue Gaskraftwerke bauen. In Deutschland sollen 40 neue Gaskraftwerke gebaut werden. Wir brauchen Backup-Kraftwerke – das ist klar. Wir brauchen sie, wenn die Sonne nicht scheint und wenn der Wind nicht weht. Wir brauchen Kraftwerke, die flexibel einspringen. Aber für die Versorgungssicherheit gibt es auch Alternativen. Man muss nicht ausschließlich auf Erdgaskraftwerke setzen, sondern kann zum Beispiel Biogasanlagen hineinnehmen.

(Michael Hofmann (CSU): Das habt ihr in Berlin verhindert!)

Man kann Wasserkraft, Geothermie, grüne Kraft-Wärme-Kopplung und Speicher reinnehmen, die einen wirklichen Boom haben. All das bleibt links liegen. Katherina Reiche, die am Montag Bayern besucht hat, Markus Söder und Hubert Aiwanger feiern sich gemeinsam gegenseitig ab, dass jetzt 40 neue Gaskraftwerke in Deutschland entstehen sollen, davon zwei Drittel im Süden. Überschlagen heißt das: Ein Drittel kommt nach Bayern. Das sind 13 neue Gaskraftwerke für Bayern. In Zeiten, in denen sich die Klimakrise immer weiter zuspitzt und wir alles daransetzen müssen, dass wir endlich aus diesen Abhängigkeiten von Öl und Gas herauskommen, setzen Sie von der Koalition aus SPD und CDU/CSU voll auf Gaskraft. Da kann man nur sagen: Nein, das ist der völlig falsche Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit den ganzen Plänen zu den Gaskraftwerken ist von Wasserstoff überhaupt keine Rede. Von Wasserstoff-ready ist überhaupt keine Rede mehr. Als Wirtschaftsminister Aiwanger neulich bei uns im Wirtschaftsausschuss war, habe ich gesagt: Herr Aiwanger, es vergeht keine Stunde, in der Sie nicht Wasserstoff, Wasserstoff sagen. Und hier? Wo bleibt da der Aufschrei? Wir sollten endlich sagen: Zwar ist Wasserstoff in vielen Bereichen zu teuer, aber dort könnte man ihn gut einsetzen. Wenn wir in diesen neuen Gaskraftwerken von Anfang an auch wirklich

Wasserstoff einsetzen, wäre das für einen Markthochlauf wirklich perfekt. Von Ihnen kommt: Das wird sowieso gemacht. Das wird eben nicht so gemacht. So wie es Frau Reiche plant, werden das Ausschreibungen für reine Erdgaskraftwerke. Wenn Wasserstoffkraftwerke an der Ausschreibung teilnehmen, können sie gar nicht gewinnen. Das ist nicht vorgesehen. Das werden reine Erdgaskraftwerke. Wir verpassen den Wasserstoffhochlauf komplett. Ich kann über den Wirtschaftsminister oder über die Staatsregierung, die sich überhaupt nicht zu Wort meldet, nur den Kopf schütteln.

(Beifall bei den GRÜNEN – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wir als FREIE WÄHLER sorgen schon dafür, dass das passt – keine Angst!)

Robert Habeck hat es vorgemacht.

(Widerspruch bei der CSU)

Er hat nicht Kraftwerke mit 20 Gigawatt ausgeschrieben. Es sollten 10 Gigawatt sein. Das reicht aus. Er hat eine klare Vorgabe gemacht, dass innerhalb von acht Jahren diese neuen Kraftwerke komplett mit Wasserstoff laufen sollen. In der ersten Zeit wird man nicht sofort grünen Wasserstoff zur Verfügung haben. So könnte man es machen. Die KleiKo mit ihren fossilen Lobbyinteressen macht es anders, indem sie auf Erdgaskraftwerke setzt. Wir bauen dann auch noch CO₂-Pipelines hin. CO₂-Pipelines – CCS – soll man eigentlich nur dort einsetzen, wo es wirklich nicht anders geht. Diese hätten noch einmal einen 30 % höheren Energieverbrauch, allein durch die Abscheidung von CO₂. Das allein verursacht hohe Kosten. Dann wird gesagt, das sei alles kostengünstig – von wegen. Das wird wahnsinnig teuer. Es ist extrem klimaschädlich. Deswegen unser klarer Appell: Stoppen Sie diese Pläne. Wir brauchen in Bayern keine neuen Gasbohrtürme. Wir brauchen keine 13 Gaskraftwerke in Bayern und keine 40 in Deutschland. Wir brauchen keine CO₂-Pipelines zu diesen Gaskraftwerken. Lassen Sie das Erdgas im Boden. Packen Sie die Erneuerbaren an. Intelligente Lösungen sollen einbezogen werden. Fördern Sie den Wasserstoff.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Andreas Winhart von der AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

Andreas Winhart (AfD): Werter Herr Kollege, zuerst einmal möchte ich feststellen: Mir persönlich ist jede Gasbohrung zehnmal lieber als irgendeine Windkraftanlage im europäischen Alpenvorland. Das muss ich ganz klar sagen.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Dann lassen Sie doch bei sich im Garten bohren!)

Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich Ihren Antrag nicht verstehe. Es ist so konfus, was Sie vorgetragen haben – mit Wasserstoff und allem drum und dran. Geht es Ihnen darum, Ihren Hass gegen fossile Energien auszuleben oder Bohrungen zu vermeiden? Sie brauchen Bohrungen auch bei Geothermie und für natürlichen Wasserstoff. Im Hinblick auf die CO₂-Speicherung brauchen Sie vielleicht sogar ein Erdgaslager. Das hat die EU vor. Sie sind ein großer, glühender Europäer. Worum geht es Ihnen jetzt im Kern? Wenden Sie sich gegen fossile Energie – russenfreies Gas kommt noch dazu – und/oder gegen die Bohrung? – Das würde mich jetzt wirklich einmal interessieren.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sie haben anscheinend wenig verstanden. Ja, wir wollen, dass die fossilen Energien im Boden gelassen werden. Die Klimakrise spitzt sich zu. Das sehen Sie jedoch komplett anders. Sie leugnen den menschengemachten Klimawandel. Daher kann man nur klar sagen: Ja, wir wollen keine neuen Erdgasbohrungen. Stattdessen wollen wir Windräder, und wir wollen die erneuerbaren Energien. Mehr kann ich Ihnen jetzt leider nicht erklären. Sie können meine Rede gerne noch einmal nachhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Abgeordneten Florian Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die GRÜNEN wollen nun Erdgasbohrungen im Alpenvorland und die Pläne der fossilen Berliner Rückschrittskoalition stoppen. Sie rügen, dass die neue Bundesregierung 20 Gigawatt an Gaskraftwerken errichten will. Sie geißeln das als überdimensioniert. Ich kenne da jemanden, der wollte noch vor ungefähr zweieinhalb Jahren sogar 25 Gigawatt an Gaskraftwerken errichten. Vielleicht kennen Sie den auch. Der Name fängt mit Robert an und hört mit Habeck auf. Es war Ihr Wirtschafts- und Klimaminister, der in seiner Gaskraftwerkstrategie mit bis zu 50 Gaskraftwerken geplant hat. Typisch Ampel kam letztendlich der Lindner um die Ecke und hat die Pläne zusammengestrichen, weil sie zu teuer waren. Wenn Sie weniger als vier Monate nach der Wahl auf einmal so tun, als ob Sie die letzten Jahre gar nicht regiert hätten, ist das nicht nur feige, sondern ehrlich gesagt pure Heuchelei.

(Beifall bei der AfD)

Dabei gebe ich Habeck und Ihrem Antrag in zwei Punkten recht. Erstens. Wir brauchen zur Versorgungssicherheit einen massiven Zubau von Gaskraftwerken. Zweitens. Jedes neue Gaskraftwerk treibt derzeit den Strompreis nach oben. Und jetzt kommt das große Aber: Es ist Ihre Klimaideologie, die uns erst in diese Lage gebracht hat. Es war nämlich kein Unfall und kein undurchdachter Plan, sondern es waren Ihre grünen NGOs, angefangen bei Agora Energiewende, die diese Klimaagenda samt Energiewende geschaffen haben. Diese Agenda wurde von den GRÜNEN, der SPD, aber auch CDU und CSU knallhart durchgezogen.

(Florian von Brunn (SPD): Die Zuschauer sind vor Ihrer Rede schon geflüchtet!)

Sie haben unsere grundlastfähigen Kohle- und Kernkraftwerke abgeschaltet und die Zappelstromproduzenten Windkraftträder und PV-Anlagen massiv subventioniert zugebaut. Was bleibt dann noch übrig, um die Nachfrage zu befriedigen, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht? – Gas, Gaskraft, die nur genutzt wird, wenn es absolut notwendig ist. Jeder Unternehmer kann Ihnen sagen, was das bedeutet. Es wird unheimlich teuer. Aufgrund der Merit-Order treiben die Gaskraftwerke den Strompreis nach oben.

Teurer als Strom durch Gas ist der Blackout. Was für Folgen ein Blackout haben kann, das konnte man am jüngsten Beispiel in Spanien nachvollziehen. Teuer ist es auch, wenn man als Gasimporteur vollkommen abhängig ist. Dieser Abhängigkeit kann man zum Glück entgehen. Unterhalb Bayerns lagert Erdgas. Besser als auf ein Transitland oder auf Drittländer angewiesen zu sein, ist es, unsere eigenen Bodenschätze zu gewinnen und entsprechend unabhängig zu werden. Energiepolitisch ist das Gegenteil von dem ratsam, was die GRÜNEN wollen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist um.

Florian Köhler (AfD): Deswegen sagt die AfD-Fraktion klipp und klar: Wir brauchen die Erdgasförderung auch in Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Jenny Schack für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Jenny Schack (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der GRÜNEN beinhaltet ein ganzes Potpourri von Themen: neue Gaskraftwerke, Wasserstoffstrategie und heimische Erdgasförderung. Das ist alles großartig, aber es gehört eigentlich in den Bereich der Bundespolitik. Jetzt freue ich mich, dass wir von unserer neuen Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche positive Signale

wahrnehmen, dass wir – was die Bundespolitik anbelangt – Klarheit und Pragmatik haben, die in Bayern zum Tragen kommen.

Zunächst komme ich zum Thema Gaskraftwerke. Die GRÜNEN kritisieren die im Koalitionsvertrag geplanten 20 Gigawatt an Gaskraftwerkskapazitäten als überdimensioniert. Der ehemalige Wirtschaftsminister Habeck hat selbst von 15 Gigawatt gesprochen und diese angestrebt. Man ist also gar nicht so weit auseinander. Katherina Reiche sagt: Wir machen das sukzessive, zuerst 5, dann 10 und irgendwann 20 Gigawatt. Das ist vollkommen richtig.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht aus dem freien Raum gegriffen. Aus der Bundesnetzagentur wurde im Jahr 2023 mitgeteilt: Jawohl, wir brauchen das, weil wir eine Deckungslücke in einem Korridor von 17 bis 21 Gigawatt im Jahr 2031 sehen. Diese Lücke muss geschlossen werden. Es muss entsprechend vorgesorgt werden, und es ist auch die Aufgabe der Bundesregierung, diese Lücke zu schließen und die langfristige Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten.

Zusammenfassend kann man allein zu diesem Punkt sagen: Das ist sachgemäß und keineswegs übertrieben, wie die GRÜNEN versuchen, es darzustellen und in den Medien zu forcieren. Es ist unstrittig: Gaskraftwerke sind fossil; aber sie sind gleichzeitig flexibel, sie sind punktgenau steuerbar, und sie sind eine wichtige Ergänzung zu den erneuerbaren Energien. Wir brauchen sie in Zeiten von Dunkelflauten. Wir brauchen sie – das ist entscheidend, und das haben wir jetzt im Koalitionsvertrag vereinbart – als Strompreisstabilisierung, meine Damen und Herren.

Klar ist auch, Gas ist eine Brückentechnologie und nicht für immer, sondern für den Übergang gedacht; aber wir brauchen das Gas, bis wir die Infrastruktur beispielsweise für Wasserstoff sichergestellt und umgestellt haben. Was die Wasserstofftransportinfrastruktur anbelangt, sind wir von der alten Bundesregierung in Bezug auf die Wege nicht begünstigt worden.

Wir müssen in der Forschung weitergehen und uns in Zukunft genau ansehen, wie wir diese Anlagen umrüsten können. Heute schon zu fordern, dass man bei diesen Anlagen zu 100 % Wasserstoff-ready sein muss, das ist völliger Quatsch. Wir müssen uns jetzt erst einmal hinsetzen, um etwas zuwege zu bringen, um unsere Wirtschaft zu stärken.

(Beifall bei der CSU)

Sonst war am Ende alles gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Wasserstoff ist ein extrem knapper Rohstoff, und es ist unklar, wie viel grüner Wasserstoff in Zukunft zur Verfügung stehen und was er kosten wird. Das sind hohe Risiken für die Kraftwerksbetreiber. Deswegen gilt es, die Angebote und die Ausschreibungen entsprechend zu regeln.

Wir als Bayern unterstützen den Wasserstoffhochlauf. Bitte verstehen Sie das nicht falsch, wir unterstützen das massiv. Unser Ministerpräsident hat mit internationalen Partnern gesprochen, wie wir die südliche Wasserstoffanbindung für den Freistaat Bayern sicherstellen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich noch ein kurzes Wort – es stand wirklich viel im Antrag – zur heimischen Erdgasförderung sagen: Wir haben im Dezember, glaube ich, schon einmal darüber gesprochen. Sie haben sich noch einmal ganz ausführlich dazu geäußert. Sie haben allerdings vergessen zu sagen, dass wir in Bayern 0,1 % des Erdgases in ganz Deutschland fördern. Das heißt, das ist ein minimaler Anteil.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Ja, Moment. – Die rot-grün geführte Landesregierung in Niedersachsen fördert 99 %. Vielleicht sollten Sie Ihre Anmerkungen einmal nach Niedersachsen schicken und sich nicht immer an uns wenden. Machen Sie erst einmal Ihre eigenen Hausaufgaben.

(Beifall bei der CSU)

Kategorisch Bohrungen auszuschließen, hieße am Ende nur, dass wir uns von Gasimporten aus Ländern, die in Bezug auf die Umwelt und auf die Schutzrechte der Mitarbeitenden wirklich nicht funktionieren, beispielsweise Fracking-Gas aus den USA oder Flüssiggas aus Katar, abhängig machen.

Mit Blick auf die Uhr stelle ich fest, meine Redezeit ist vorbei. Versorgungssicherheit, Wirtschaftskraft und Klimaziele muss man gemeinsam denken und nicht gegeneinander. Wir sind für einen realistischen, für einen technologieoffenen Weg.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Schack. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Martin Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Kollegin Schack, wir sehen es so: Wenn es wirklich so wenig ist, was beispielsweise in Reichling zutage gefördert werden kann – damit könnte man den Erdgasbedarf in Bayern nur ein paar Tage decken –, dann sollten wir die Finger davon lassen. Wenn wir im Jahr 2040 klimaneutral sein wollen, macht es wirklich keinen Sinn, Strukturen neu aufzubauen. Das ist der vollkommen falsche Weg.

Ich muss Sie noch korrigieren: Robert Habeck hat 10 GW gesagt, und er hat gesagt, sie sollen nach acht Jahren Wasserstoff-ready sein. Wenn Sie selber entscheiden könnten, eine neue Heizung einzubauen, und Sie wissen, Sie wollen irgendwann Wasserstoff-ready werden, würden Sie sich eine Heizung kaufen, die das schon kann, oder würden Sie sich irgendeine Heizung kaufen, weil sie günstig ist?

Das ist die Frage bei den Ausschreibungen. Wenn in der Ausschreibung nicht klar gesagt wird, dass in einem bestimmten Jahr – das muss nicht 2027 sein, aber 2030,

2032 oder 2034 – Wasserstoff eingesetzt werden soll, dann werden die Anlagen anders gebaut. Das ist unsere Kritik: Es geht voll in Richtung CCS.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Es werden Erdgaskraftwerke gebaut und der fossilen Lobby wird eine Lebensverlängerung gegeben.

Jenny Schack (CSU): Vielen Dank für die Frage. Wenn es darum geht, die Wirtschaft zu retten, dann unternehme ich erst einmal das, was pragmatisch und richtig ist. Natürlich freue ich mich, wenn Wasserstoff-ready mit der Rettung der Wirtschaft einhergeht; aber entweder das ganze Paket haben zu wollen oder gar nichts, das ist komplett falsch. Wir müssen jetzt erst einmal dafür sorgen, dass die Wirtschaft funktioniert und dass wir unsere Versorgungssicherheit gewährleisten. Was war bitte die zweite Frage? Das sind immer so viele Fragen.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Meine Frage zu Reichling ist noch offen!)

– Ja, gut. Das klären wir bilateral. Wir unterhalten uns öfter.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Schack. – Nächster Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Wenn ich, lieber Martin Stümpfig, heute vor der Entscheidung stünde, welche neue Heizung ich haben will, dann würde ich mich natürlich bevorzugt ans Fernwärmenetz der Landeshauptstadt München mit Geothermie anschließen lassen; aber die zweite Wahl wäre die Wärmepumpe und nicht die Gasheizung. Das ist eigentlich ziemlich klar. Ich würde ungern Wasserstoff im Keller haben. Ich glaube, das hat keine Zukunft beim privaten Heizen; aber ich weiß, dass die Stadtwerke München – und

deswegen bin ich nicht ganz so skeptisch wie du – ihre Gaskraftwerke schon H2-ready machen.

Das heißt, man baut Reservekraftwerke, man baut Kraftwerke für die Lücke, für die elf Tage, die wir hin und wieder, wie 2024, eine Dunkelflaute haben, um diese zu überbrücken. Das heißt aus meiner Sicht nicht automatisch, dass sie nicht H2-ready wären. Aber die Forderung ist sinnvoll. Dazu muss man natürlich auch sagen, dass wir im Koalitionsvertrag einen Kompromiss mit CDU und CSU eingegangen sind.

Wir würden jetzt nicht unbedingt an jedem Gaskraftwerk CCS anwenden, weil das natürlich auch die Strom- oder Wärmeerzeugung teurer macht und unter Umständen auch den Wasserstoff verdrängt. Aber irgendwo muss man in einer Koalition – das kennt ihr ja auch, wir haben ja beide mit der FDP verhandeln müssen – Kompromisse eingehen. Aber ich finde auch, dass man jetzt nicht unbedingt im Fünfseenland neue Gasförderungen etablieren muss. Aus meiner Sicht gibt es tatsächlich ein ausreichend großes Gasangebot. Wir haben ja auch LNG-Terminals installiert. Insofern unterstützt die SPD-Fraktion die Forderung der GRÜNEN nach einem Stopp neuer Gasförderungen in Oberbayern.

Eure Punkte sind eigentlich insgesamt relativ vernünftig. Ich kritisiere die jetzt nicht so stark wie die CSU, weil ich auch der Meinung bin, dass wir die Gasverwendung in der Energieerzeugung nicht über das notwendige Maß hinaus betreiben sollten. Wir sollten sie dafür nutzen, wofür wir sie gebrauchen können, nämlich als Lückenschließer für den Bereich, den die Erneuerbaren im Moment noch nicht ausfüllen können. Aber der Fokus sollte darauf gelegt werden, die Erneuerbaren und insbesondere die Speicher und die Netze auszubauen. Darum muss es tatsächlich gehen.

Wir hätten eurem Antrag vielleicht zugestimmt, aber wir möchten uns ungern als fossile Berliner Rückschrittskoalition bezeichnen lassen. Wir sind keine fossile Berliner Rückschrittskoalition. Deswegen müssen wir uns bei dem Antrag leider enthalten.

Wenn ihr in euren Formulierungen etwas vorsichtiger seid, dann können wir das nächste Mal vielleicht zustimmen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege von Brunn. – Der nächste Redner ist der Kollege Josef Lausch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Hochverehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Ich habe gelernt, dass man bei der SPD-Fraktion auf jede Formulierung aufpassen muss, wenn man einen Antrag stellt, sonst ist das ganz böse. Bei der Formulierung im Antrag der GRÜNEN ist mir aufgefallen, dass es in der Überschrift nur um das Alpenvorland geht. Das würde im Umkehrschluss heißen, dass man in der Oberpfalz, im Bayerischen Wald oder in Franken kreuz und quer bohren kann. Da ist es ganz egal.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist für mich als Zentralbayer so nicht in Ordnung. Zur Klarstellung – auch wenn es der Kollege von der AfD schon gesagt hat, der ausnahmsweise recht hatte: Habeck hat tatsächlich 25 Gigawatt Gaskraftwerke gefordert. Auf Druck der FDP ist dann auf 10 Gigawatt reduziert worden.

Zur Kritik, wonach die heutigen Planungen nicht H2-ready wären: Nach Aussage der Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche – übrigens eigentlich das totale Gegenstück zu einem Robert Habeck, nicht nur geschlechtlich, sondern auch fachlich – sind nur die ersten 5 Gigawatt nicht H2-ready, und das nur deswegen, weil die Industrie nicht zeitnah liefern kann. Der Rest, 15 GW, sind H2-ready. Es soll wohl so gestaltet werden, dass die auch nachrüstbar sind. So gesehen haben Sie recht, aber eine Beschimpfung gibt das einfach nicht her.

Auch die Forderung nach einem pauschalen bayernweiten Verbot von Erdgasbohrungen ist nicht richtig. Auch das zeugt von einer gewissen Nähe der GRÜNEN zu den NGOs. Die Raumordnung – darauf würde dieses pauschale Verbot hinauslaufen –, darf das Fachrecht, zum Beispiel das Bergrecht, nicht ersetzen oder gar aushebeln. Eine Raumordnung kann, darf und soll nur koordinierend und konfliktvermeidend wirken, nicht aber in Fachentscheidungen eingreifen oder diese gar verbieten.

Nur noch einmal zur Erklärung: Klimaneutralität bedeutet Netto-Null, aber nicht komplette, völlige Vermeidung. Das ist unwirtschaftlich, das stört unsere Wirtschaft, das hemmt unsere Wirtschaft. Auch mit CCS oder im Falle von CCU-Technologien können eben CO₂-arme Gaskraftwerke entstehen oder vielleicht sogar mit Netto-Null. Der Staat sollte Technologieoffenheit wahren. Pauschale Verbote lehnen wir schon kraft unseres Parteinamens, FREIE WÄHLER, ab.

Zur Wahrheit gehört auch, dass importiertes Erdgas oft, nicht immer, aber oft, ökologisch problematischer ist als lokal gefördertes. Hier sei das Stichwort Fracking genannt. Ein pauschales Verbot könnte auch unerwartete und unerwünschte Nebenwirkungen auf andere Technologien, die wir brauchen, wie zum Beispiel die Geothermie, haben. Die Versorgungssicherheit wird eben, das hat meine Vorrednerin schon gesagt, durch bayerisches Erdgas kaum beeinflusst.

Die Staatsregierung anzuweisen, Genehmigungen nicht zu erteilen, wie von Ihnen gefordert, obwohl bundesrechtlich ein Anspruch besteht, lässt tatsächlich an der juristischen Richtigkeit dieser Forderung zweifeln. An dem Antrag sieht man wieder einmal, dass die GRÜNEN alles, was ihnen nicht passt, grundsätzlich verbieten wollen. Deswegen hatten und haben Sie immer noch das Image einer Verbotspartei. Die Forderungen in dem Antrag sind unüberlegte Schnellschüsse, die nicht oder nur sehr schwer umsetzbar und nicht sinnvoll sind. Der Antrag ist natürlich abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Lipp für die AfD-Fraktion vor.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Kollege, ich habe eine Frage. Sie haben gerade gesagt, dass die FREIEN WÄHLER technologieoffen sind. Jetzt möchte ich wissen, ob das auch für Erdgas gilt. Wie stehen Sie zur CO₂-Abgabe auf fossile Energieträger? Eine weitere Frage ist: Wäre es zum Beispiel möglich, dass man die CO₂-Abgabe bei der heimischen Produktion von Erdgas aussetzt?

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Über die Aussetzung können wir durchaus diskutieren. Die ist natürlich Bundessache. Zu Erdgas als fossiler Brückentechnologie, bis wir irgendwann die Energiewende vollzogen haben, stehen wir natürlich. Hinter der Energiewende stehe ich auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Lausch. – Für die Staatsregierung hat der Staatssekretär Tobias Gotthardt das Wort.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Stümpfig, wir haben ja öfter miteinander zu tun. Ich muss mich wiederholen, weil manchmal merke ich, dass dieses "hätte, hätte, wolle, wolle, träume, träume" in bruchstückhaften Ideen und Fantasien mir irgendwie ein wenig gegen den Strich geht. Wir müssen ein Energiesystem in Bayern gesamt und mit realistischen Ansätzen und Zahlen denken. "Hätte, hätte" und "träume, träume" sind nicht. Wir brauchen: machen, machen, machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zum Machen gehört es, alle Bemühungen, die es im Bereich der erneuerbaren Energien gibt, weiterzuführen. Sie kennen den Anteil von 70 % der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien in Bayern. Das ist eine hohe Zahl, und das ist ein großer

Erfolg für uns als Staatsregierung und für alle, die am System mitarbeiten. Trotzdem gibt es noch 30 %, die wir aktuell noch nicht umgestellt haben. Es gibt das Thema der Residuallast. Das heißt, wir brauchen verlässliche Kraftwerke, die auch dann funktionieren, wenn der Wind nicht weht und unsere Sonne verdeckt ist. Dann komme ich sehr schnell zur Übergangstechnologie der Gaskraftwerke, weil es die gibt und sie verfügbar sind. Deswegen bin ich sehr froh, dass der Bund mit der neuen Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche sagt, ja, wir wollen einen schnellen, stufenweisen Zubau von Gaskraftwerken. Sie sagen, Habeck hätte das irgendwie auch vorgehabt. Ich entgegne Ihnen: Die Habeck-Regierung hat begonnen mit 25 Gigawatt, war dann bei 10, und hat von 10 null umgesetzt. Wenn das die Bilanz ist, dann bin ich froh, dass diese Periode in Berlin vorbei ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn wir davon reden, dass wir realistisch umsetzen müssen und das Ganze schnell zum Tragen kommen soll, dann muss ich Ihnen auch sagen, dass ich ein großer Freund – genauso wie Hubert Aiwanger – von Wasserstoff bin. Aber Sie kennen die Zahlen beim Wasserstoff: Sie wissen, dass wir unser Kernnetz bis 2030/32 in Bayern ausbauen möchten und dass der Bund mit dem Kernnetz irgendwann 2037 so weit sein möchte. Sie brauchen verlässliche Strukturen, damit Sie Wasserstoff in die Kraftwerke bringen können. Sie brauchen das in großer Anzahl; denn um 20 Gigawatt zu erzeugen, brauchen Sie viel Wasserstoff, viel Biomasse oder whatever. Also hören Sie auch da auf mit Ihrem "hätte, hätte, wolle, wolle, träume, träume".

Wir brauchen also schnell viel Energie. Diese viele Energie können wir erzeugen, indem wir auf Gaskraftwerke setzen. Wir werden beim ersten Sprung, bei diesen 5 Gigawatt, auf Gaskraftwerke setzen, die nicht zwingend H2-ready sein müssen. Der Kollege Lausch hat es erklärt. Es geht schlichtweg darum, dass andere nicht verfügbar sind. Wenn man sie nicht irgendwann bauen möchte, so wie Habeck, sondern jetzt, muss man einfach realistisch sein und das nehmen, was auf dem Markt ist, und man

muss schnell bestellen. Sonst ist man nämlich selbst da noch im Nachteil. Das heißt: Jetzt ganz schnell handeln und vorangehen.

Was übrigens die Explorationsbohrung, die Erkundungsbohrung, die jetzt aktuell geplant ist, angeht – übrigens von der Firma Genexco Gas GmbH, die ihren Sitz in Berlin-Charlottenburg hat –, ist es so, dass wir dagegen landesplanerisch nicht vorgehen können. Da gilt Bundesbergrecht. Es ist einfach so. Da können Sie jetzt jammern und lamentieren, aber es ist so. Deswegen werden wir landesplanerisch jetzt erst einmal akzeptieren, dass es so ist. Wenn man sich an die Regeln hält, kann das durchgeführt werden.

(Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Gasabgabe!)

– Die Gasabgabe. Wir machen gerade Explorationsbohrungen. Jetzt lassen Sie uns doch einmal darüber reden. Wenn wir dort wirklich Gas finden, wenn es in großen Mengen vorhanden ist und es sich lohnt, das zu heben, reden wir in dem Schritt, in dem es angemessen ist, darüber, wie wir das Ganze rechtlich verorten und auch finanziell belegen wollen. Aber das ist jetzt nicht die Aufgabe. – Jetzt werden Explorationsbohrungen starten, und die können wir problemlos abwarten, ohne in dem Bereich irgendetwas tun zu müssen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Die Gasabgabe ist nicht ausgeschlossen!)

Mein Appell an die GRÜNEN, wenn ich Ihren Antrag lese, ist: Bitte kommt doch jetzt einmal mehr in die Mitte zu uns und macht bei einer sinnhaften, ganzheitlichen Entwicklung unserer Energieversorgung mit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ganz nebenbei – das ist auch mein letzter Satz, weil vieles schon gesagt worden ist: Wenn ich mir von jemandem, der wie kein anderer, als er in der Regierung war, Kohleimporte aus Kolumbien und sonst woher nach Deutschland gebracht hat, anhören muss, dass wir falsch lägen, wenn wir nicht Nein sagen, wenn bei uns explorationsmä-

ßig heimische Gasvorkommen erforscht werden müssen, muss ich mich fragen, wer gerade aktuell eine inhaltliche Dunkelflaute hat. Ich glaube nicht, dass wir es sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatssekretär, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Stimmt, das ist ja Tradition bei uns.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Herr Gotthardt, ich glaube, Sie wissen selber, dass die Energiekrise, in der wir waren, in der Robert Habeck versucht hat, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das System am Laufen zu halten, eine andere Situation war, als wenn man jetzt über Planungen in acht oder zehn Jahren spricht. Also da bitte ein wenig auf dem Boden bleiben.

Aber es wäre schon einmal etwas. Ich deute Ihre Äußerungen jetzt einmal so, dass Sie in Bayern diese Verordnung über Feldes- und Förderabgaben – so heißt sie – aus dem Jahr 1998, in der Erdgas von einer Förderabgabe ausgenommen ist, ändern wollen. Das finde ich jetzt schon einmal sehr positiv.

Dann noch zum Zweiten: Ja, Robert Habeck hat auch 10-GW-Gaskraftwerke gewollt. Er hatte aber einen klaren Umstiegsplan auf Wasserstoff. Ich kritisiere, dass Sie Alternativen komplett ausblenden. Bei TenneT liegt ein Antrag vor, an einem Standort ein Speicher mit 1 Gigawatt! Das heißt, wir könnten so viele andere Bereiche machen mit Speicher, Biogas und Wasserkraft.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Stümpfig. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Das blenden Sie aus. Das ist unsere Kritik. Danke.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Was die Änderung der Abgabeförderung betrifft, ist es so: Der Finanzminister wohnt in meinem Nachbarlandkreis. Ich wäre nicht mehr sicher, wenn ich so etwas grundsätzlich ausschließen würde. Das heißt, natürlich öffnen wir uns für solche Dinge, die wir dann diskutieren, wenn sie anstehen.

Das Zweite ist die – – Jetzt habe ich den Faden verloren.

(Johannes Becher (GRÜNE): TenneT?)

– TenneT, genau. – Noch einmal zum Mitschreiben. Diese Ausnahme, was H2-ready angeht, betrifft die ersten 5 Gigawatt, die aber sehr zeitnah, in den nächsten 3 Jahren, entstehen sollen. Wir haben Wasserstoff in Bayern in großer Menge nicht – jetzt bin ich schon wirklich optimistisch – vor 2030. Jetzt können Sie auch rechnen. Das heißt, für die ersten 5 Gigawatt, die wir jetzt zubauen wollen, haben wir noch nicht einmal den Wasserstoff da.

Deswegen müssen wir jetzt schauen, dass wir auf den Markt kommen und das nehmen, was auf dem Markt ist. Auf dem Markt ist gerade eben nichts, was H2-ready ist, im Verkauf. Das ist das Problem. Das war ebenso das Problem von Habeck. Deswegen ist ja auch sein Konzept nicht zum Laufen gekommen; denn die Kriterien, die er in der Ausschreibung angesetzt hat, waren einfach viel zu kompliziert, sodass sich niemand darauf hätte bewerben können.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Das heißt, der Ansatz ist, jetzt im ersten Schritt – weil wir einfach denken können – auf H2-ready zu verzichten, damit das Ding ins Laufen kommt, und dann die restlichen 15 Gigawatt natürlich mit H2-ready verfügbar zu machen. Das ist doch völlig sinnvoll und normal.

Ich bin der Letzte, der sich wehrt, in Bayern ein Wasserstoffkraftwerk auf die Beine zu stellen, noch dazu verbunden mit guten Speichern. All das gehört zum Energiesystem. Sie haben es verstanden; das freut mich. Aber das geht nur, wenn wir jetzt anfangen, sicheren und bezahlbaren Strom zu garantieren. Dazu gehören Gaskraftwerke, die morgen oder übermorgen leistungsfähig sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Gotthardt. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/6927 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Enthaltungen? – Die SPD enthält sich. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/6993 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/6929 und 19/6930 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.